

ehrer prüft die
Bild zeigt die
übrigen Bildern
indelebens ganz
en diese Bilder.
2. Bild.

ng erscheint ein
nationalen Be-
idhi und Wüßjo-
nationalen Führer
päischen Volkes
igen zu machen:
von eines bösen
aube allerdings,
bringen kann,
zu fragen, und
ernnt, ich zögere
tigs zu klopfen,
mag, um das zu
den Staub ge-
rt." Der Indier
Art verblüffende
politischen Philo-
agt den Marisch
ende Zahl von
r Macht zu ge-
er für sich hat.
im einzigartigen
hig zu werden,
en kann." Auch
s Unzureichende
wenn wir auch
e anzuerkennen.
geben zu wollen,
reich sein kann.
agore bei seinem
ob Gandhi sein
Tagore mußte
Tagore fügte
der. Er machte
Er führte uns
urselves"). Was
g gekennzeichnet
Mahatma liegt
hat, die Massen
und ihnen neben
uch den Willen
ionen sind dank
rüttelt und vom

gibt Professor
Geleitwort eine
die satya-agraha,
dürfte man be-
zeichnet die wirt-
Hintergrund für
eine Auslese aus
Gesichtspunkten
ke in ihrer An-
nische Probleme",
die Gandhi zu-
l gibt die Ein-
der, die er in
natl gehabt hat.
pplicher Gottes-
wie der sich aus
Darlegungen
verraten, daß er
prägt ist. Auch
men großen An-
usprüchen" als
rbe viel darum
dem lebensvollen
beugen dürfen!
tragischen Szene
nen ebenso wie
al des Kreuzes
Art — zur Voll-
Christus ist sein
nicht Verächter.
barung Gottes",
Thron". Daher
christlichen Bot-
mission. Er
der verschiedenen
des Bundes ver-
das Gesetz der
astlichen mensch-
hier aus gesehen
Mission verneint
idmarkt. Gandhi
ionars einzig als
n zu dienen und
st die Bezeugung
für den Missio-

hen Volkshelden,
das Schwert von
derlächern nichts
Liebe."

Jasper, P.
mann. In eigenen
B. P. L. Bedi und
Proj. D. Dr. Rudolf
n Ernst Reinhardt

Aufwärt's

Christliches Tageblatt
mit den Beilagen „Für Herz und Haus“,
„Kindergabe“ und „Unser Ziel.“

Bezugspreis:
Erscheint wöchentlich sechsmal. — Preis monatlich 1.25 und
0.80 Beilagenbeilage, beim eigenen Postamt bestellt. — Fürs
Ausland unter Streifenband 1.25 (inkl. Postgeld). Preis der
Eingelieferung 10 Pf. Postfachkonto Hannover 6777.

Anzeigenpreis:
Die einseitige Witterungszeile oder deren Raum 10 Pfennig.
Reklame 30 Pf. Beilagen unter 25 g je tausend 15 Pf.
Schluß der Anzeigen-Nachnahme nachmittags 3 Uhr. Postfach-
konto Hannover 6777.

Nr. 99. Bielefeld-Bethel (Verlagsort Bielefeld), Freitag, den 28. April 1933. 15. Jahrgang.

Eins ist schlimmer noch als sündigen:
Sünd' als Tugend zu verkündigen.
Geibel.

Die Arbeiterbewegung unter einer nationalen Staatsführung.

Von Oberpräsident a. D. August Winnig.

Winnig, der ehemalige Arbeiterführer, ist der führende Wegbereiter des Gedankens, der heute endlich vor seiner Verwirklichung steht, die Arbeiterbewegung vom marxistischen Einfluß zu befreien und organisch in das nationale und soziale Leben des deutschen Volkes einzugliedern. Wir entnehmen die folgenden Ausführungen seinem Buch „Vom Proletariat zum Arbeiterum“ (Hanseatische Verlagsanstalt Hamburg, Preis kart. 4 RM, geb. 5.40 RM), das man als das Standardwerk einer neuen Arbeiterbewegung im nationalen und sozialen Geiste bezeichnen kann.

Ich glaube, daß hinter dem übeln Vordergrunde des Marxismus im Arbeiterum die Hoffnung und auch der Wille lebt, aus dem Sumpf herauszukommen, und daß jenes arbeitertümliche Wesen nicht vernichtet ist. Es ist entmutigt von seiner großen Niederlage, es fühlt sich schwach vor dem radikalen Intellektuellen, der den Vordergrund und die leicht zu verführende Masse beherrscht.

Aber ich glaube nicht, daß diese gesunden Kräfte von sich aus den Kampf gegen die herrschenden Intellektuellen und ihren Massenanhang wagen werden. Sie tragen ihr Wesen, aber es ist bei ihnen noch nicht zur Idee geworden. Sie fühlen die Notwendigkeit des Kampfes und sehen die Fronten, aber sie fühlen sich schwach und wissen nicht, wofür sie eigentlich kämpfen müssen: ihr Gegenseitigbewußtsein ist dumpfe Spannung, es ist von keiner Idee gerichtet. Nur ein kräftiger Anstoß von außen und ein werdendes Vorbild könnte sie in Bewegung bringen.

Eine Staatsführung könnte den Anstoß geben, eine Staatsführung, die nicht Interessenwahrnehmung sein dürfte, sondern über den Teilansprüchen stände und das geschichtliche Inbild des Staates wieder lebendig machte. Eine starke Führung müßte es sein, die sich auf alle Kräfte stütze, die den starken Staat herbeiführen und ihm rufen. Sie müßte äußerlich stark sein durch die Einigung der Kräfte, die ihr gesinnungsmäßig nahe stehen, stark genug, um auch den Verneinern des Staates und ihrem Massenanhang das Gesetz aufzuerlegen. Sie dürfte keine Furcht kennen und müßte bereit sein, in Dingen, wo das Ganze in Gefahr ist, die ganze Macht des Staates einzusetzen. Eine solche Führung würde selbstverständlich den heutigen Vordergrund der sozialistischen Bewegung gegen sich haben. Der würde in ihr die Macht ahnen, die ihn überwinden kann, und würde höchstwahrscheinlich seinen Massenanhang aufbieten, um eine solche Führung niederzuwerfen. Die aber muß dann die Notwendigkeit bemerken, die ein gutes Gewissen ihr verleih, und den Kampf austragen, so schwer und bitter er auch sein mag. Im Hintergrunde der Bewegung würden vorerst ängstlich gehütete Sympathien ihr abwartend zusehen. Verliert die Staatsführung, so sind diese Sympathien nie gewesen. Besteht sie und legt sie ihren Feinden mit Macht ihr Gesetz auf, so werden sich jene Neigungen rechnen, und das heute niedergehaltene arbeitertümliche Wesen wird den Anbruch einer neuen Epoche wittern und sich seiner Verwandtschaft mit dem starken Staat aufatmend bewußt werden. Nicht mit dem Schwunge von 1914, sondern vorsichtig tastend wird sich die arbeitertümliche Führung dem neuen Staate nähern, mit dem freudigen Ja in der Brust, aber mit mancherlei Vorbehalten auf den Lippen.

Eine solche Staatsführung müßte innerlich stark sein. Sie müßte es sein durch ihr gutes Gewissen, das aus der Lauterkeit ihres Willens und aus dem Bewußtsein ihrer Sendung nach außen strahlt. Sie müßte stark sein, indem sie die Standverbund der Masse bejaht. Sie müßte mehr als verwalten, mehr als im landläufigen Sinne regieren, sie müßte erziehen: die Masse zum Stande, das Volk zur Nation. Ihre Wirtschafts- und Sozialpolitik, ihre Behandlung der Bildungsfragen und der Außenpolitik müßte vom Willen zur Erziehung gerichtet und belebt sein. Sie müßte wissen, daß wirtschaftliche und soziale Reformen letztlich erfolglos bleiben, wenn sie nicht moralisch wirken. Sie müßte unsere Sozialpolitik in den Dienst der Volkserziehung zwingen: was heute an der Anständigkeit des Volkes zehrt, könnte beides mehr und steigern, wenn eine starke Regierung den Mut zu den kühneren Umgestaltungen aufbringt. Sie müßte mit unerschütterlichem Willen das öffentliche Leben reinigen

und der sittlichen Verfeuchung des Volkes durch Wort und Bild ein Ende machen. Sie müßte schließlich den neuen Stand schaffen, indem sie seine eingewachsenen Gebilde sowohl zum Staat wie zur Wirtschaft in organische Beziehungen setzte und ihnen ein weiteres Feld

der Selbstverantwortung öffnete. Das wäre der starke Anstoß von außen, der den tüchtigen, gefunden Sintergrund der sozialistischen Bewegung freisprechen könnte. Das werdende Vorbild aber muß die nichtsozialistische Arbeiterbewegung geben.

Die Reform der Kirche

Paßt die „Reichskirche“ in den neuen Staat?

Es hat zunächst etwas Bestechendes für sich, daß die Evangelische Kirche geschlossen, wuchtig und stoßkräftig gemacht werden soll, damit sie ihren Dienst an dem ganzen Volk tun kann. Es ist das Erfreuliche, daß der neue Staat den Dienst der Kirche begehrt, und wenn auch nicht alle Stimmen, so sind doch sehr viele auch darin sich einig, daß die Kirche das ihr anvertraute Gut, nämlich das Evangelium, lauter und rein bringen soll und damit zur Gesundung unseres Volkes helfen.

Darüber besteht allerdings anscheinend keine Klarheit, wie die Evangelische Kirche für diesen Dienst besonders ausgerüstet werden könne. Es sei nichts gesagt über die innere Zurechtung mit dem, was Gott schenken muß, um allein unsere Kirche in den Stand zu setzen, ihre Botschaft auszurichten. Es geht hier lediglich um die äußere Gestalt, und zwar besteht da auch weitgehend Uebereinstimmung in der Forderung, daß die Evangelische Kirche jetzt als Ganzes mit dem neuen Staat verhandlungsfähig sein muß. Wenn die Länder immer mehr an Bedeutung verlieren, dann kann die Evangelische Kirche nicht ihr irdisches Dasein auf Verträge gründen, die mit den einzelnen Ländern geschlossen sind. In diesem Sinne dürfte niemand etwas gegen eine „Gleichschaltung“ einzuwenden haben. Es wird nicht ganz leicht sein, dürfte aber doch keine unüberwindlichen Schwierigkeiten machen, den schon bestehenden Deutschen Evangelischen Kirchenbund so auszugestalten, daß sein Vertreter mit dem Reich, bevollmächtigt für alle 28 Kirchen verhandeln kann. Unter unseren Kirchenjuristen sollte sich doch wohl der Mann finden, der in dieser Weise der Präsident der deutschen Reichskirche sein sollte, denn an diese Stelle gehört der Kirchenverwaltungsbeamte und nicht der Theologe. Selbstverständlich soll er in der Kirche stehen und soll auch theologisch genug gebildet sein, um die Tragweite für den Bekenntnisstand und Verkündigung des Evangeliums überschauen zu können. Im übrigen aber brauchen wir den erfahrenen und geschulten Kenner der kirchlichen Verwaltung an dieser Stelle.

Damit sollte aber auch die Aufgabe der Reichskirche im wesentlichen erfüllt sein, denn alles andere scheint mir nur eine Behinderung zu sein für die Aufgaben, die die Kirche im neuen Staat zu leisten hat. Wir dürfen uns doch nicht von dem Schein täuschen lassen, als wenn die Kirche als Reichskirche irgendwie geschickter wäre zu ihrem Dienst am Volk. Gerade der neue Staat unterscheidet sich darin doch so erfreulich von dem marxistischen und demokratischen, daß er auf die Geschichte ganz besonderen Wert legt. Nun sind unsere Landeskirchen ganz besonders in der Landschaft und ihrem Volkstum verwurzelt. Glaube und Heimat gehören für den Evangelischen zusammen. Das ist ja gerade die Not in unserem Industriegebiet, daß wir so viele heimatlose Menschen haben, die, weil sie keine Heimat mehr haben, auch den Anschluß an die Evangelische Kirche verloren haben. Ich habe hier in meinem Pfarrbezirk dies an Dispreußen, Hessen und Waldeckern oft genug beobachtet. Eine Reichskirche mit einheitlicher Liturgie, mit einem noch mehr vereinheitlichten Gesangbuch als wir's jetzt schon haben, wird auch, abgesehen von der Bedrohung des Bekenntnisstandes eine Ungeheuerlichkeit. Dann sollte man doch auch gleich versuchen, einen Mischdialekt in Schwäbisch, Ostfriesisch, in Bayerisch und Berlinerisch zu fabrizieren! Gerade den umgekehrten Weg müssen wir einschlagen. Auch durch die Heimatliebe kommen wir wieder zur Vaterlandsiebe. Das ist nicht der einzige Weg. Ich bekenne mich durchaus auch zu dem andern: durch Sozialismus zur Nation. Wir im Industriegebiet kennen aus tiefem Erleben das Wort: Weh dem, der keine Heimat hat. Da hat die Kirche einen großen Dienst an unserem gesamten Volkstum, daß sie die Heimatwerte erhält. Unsere Landeskirche hat den Erdgeruch der Landschaft, dagegen die Reichskirche hat den Asphaltgeruch der Großstadt.

Gewiß gibt es mancherlei kleine Gebilde und Merkwürdigkeiten auf kirchlichem Gebiet, die verschwinden können, und daß da unsere Kirche selbst an der Arbeit ist, ist bekannt und in Thüringen zur Genüge bewiesen. Es

kann das Tempo vielleicht beschleunigt werden, und es können bei solcher Gelegenheit verschiedene parlamentarische Auswüchse beseitigt werden. Wir haben durchaus kein Interesse daran, daß unsere Evangelische Kirche ein Heimatmuseum für allerhand demokratische Merkwürdigkeiten der Nachkriegszeit wird. Aber sie soll ihr herbes, durchfurchtes Antlitz, das sie im Laufe ihrer schweren Geschichte und nicht leichten Schicksale in den einzelnen Landesteilen bekommen hat, behalten, und das wollen wir nicht vertauschen gegen das Gesicht einer Modepuppe, die in irgendeinem Berliner Atelier künstlich hergestellt wird.

Auch verspreche ich mir nicht viel Ersparnisse. Ich glaube einigermassen die kirchlichen Verwaltungen und ihren Betrieb zu kennen. Wir können in der Kirche wirklich sagen, daß wir nicht die Fehler der Nachkriegsregierungen mitgemacht haben. Unsere kirchlichen Behörden haben sich damals nicht den staatlichen und städtischen gleichgeschaltet. Sie sind weder mit rot-schwarzen Parteibeamten besetzt, noch ist in unserer kirchlichen Beamtenschaft die alte Beamtentreue und Ehrlichkeit auch nur im geringsten erschüttert worden. Dies soll doch in aller Bescheidenheit, aber auch mit allem berechtigten Stolz festgestellt werden. Es benehmen sich jetzt manche der Kirche gegenüber, als hätten sie es da auch mit einem korruptierten schwarzroten Rathaus zu tun. Da befinden sie sich in einem ganz gewaltigen Irrtum und werden nicht nur das Kopfschütteln der wohlgesinnten und sachverständigen Leute erregen, sondern laufen auch Gefahr, daß man ihnen selber mit Recht Revoluzentum und Parteibonzorn vorwirft zum Schaden der großen nationalen Bewegung, deren Träger sie doch auch in sonstiger Beziehung sind. Ersparnisse werden so keine nennenswerten gemacht werden können. Es gibt eben ein gewisses Maß von Verwaltungsarbeit, das erledigt werden muß. Man muß nur darüber wachen, daß es nicht zum Uebermaß wird und die bürokratische Maschine leer läuft. Das ist aber gerade bei unserer Kirchenverwaltung, die den Ausgleich von Behörde und von nichtbeamteten Mitarbeitern ja schon viel länger kennt als der Staat, vermieden und immer wieder ausgeschaltet worden. Wenn gelegentlich einmal merkwürdige Beispiele angeführt werden, so beweisen sie nichts, weil sie wirklich selten heute sind. Wir müssen im Verwaltungswesen der Kirche vielleicht sogar noch manches ausbauen. So gehörte längst in das Rheinisch-Westfälische Industriegebiet eine eigene kirchliche Verwaltung mit einem eigenen Generalsuperintendenten, denn die jetzigen Einrichtungen stammen noch aus Zeiten, aus der Mitte des vorigen Jahrhunderts, als man noch die ersten Verhandlungen über den Bau von Eisenbahnen im Rheinisch-Westfälischen Industriegebiet führte.

Wir müssen bedenken: Je umfassender ein Verwaltungsapparat ist, um so bürokratischer muß es dann auch zugehen. Das kann im Staatsleben noch erträglich sein, obwohl z. B. da die Steuerzahler auch von der neuen Regierung wünschen, daß sie so einfache Steuerformulare vorgelegt bekommen, die jedermann ohne Zuhilfenahme eines Steuerberaters ausfüllen kann. In der Kirche aber wird es eine unerträgliche Belastung. Was haben denn Verordnungen für einen Sinn, die, in Berlin gegeben, gleichzeitig im rein protestantischen Schleswig-Holstein und in der Diaspora im katholischen Bayern Gültigkeit haben sollen? Gerade wenn wir Kirchenführung wollen, müssen wir auf kirchlichem Gebiet Sachverständige und praktische Anweisungen haben. Die gelten aber nur in einem bestimmten Landschaftsbereich unter einer Bevölkerung, die unter einigermassen gleichen Lebensbedingungen lebt. Alles andere wird naturgemäß entweder nichtsagende allgemeine Richtlinien oder hemmender bürokratischer Ballast. Ich habe in den verschiedensten Landeskirchen gelebt, in Baden, in Schleswig-Holstein, in Bayern, in Frankfurt a. M., in Kurhessen und im Rheinland. Ich darf hier wirklich aus Erfahrung reden, wie sie selten vorkommt, weil ich auch als langjähriger Generalsekretär des Bundes deutscher Bibelkreise in vielen Landeskirchen meine Beziehungen hatte und die Kirchen-

411
Stadt-Bibliothek S 839

behörden besuchte. Das ist der Vorteil der kleineren Landeskirchen wie Württemberg und Schleswig-Holstein, daß die Kirchenleitung jeden einzelnen Pfarrer und jede einzelne Gemeinde genau kennt und daß dementsprechend die rechten Leute an den rechten Platz gesetzt und einigermassen persönlich und lokal richtig beraten werden kann. Diese Tätigkeit der landeskirchlichen höheren Dienststellen ist doch mit für die Kirche die allerwichtigste, und bei einem Umbau zu einer Reichskirche dürften auf keinen Fall durch einfaches Ueberstülpen einer toten Reichsorganisation solche wertvollen und für die Kirche lebensnotwendigen Beziehungen zerstört werden. Auch das Wort „Gleichschaltung“ stammt aus der Technik, und die Uebertragung von technischen, insbesondere mechanischen Gesetzen auf das Geistes- und Personenleben ist ein typischer Zug des Materialismus. Darum ist geradezu unverstänlich, wie Anhänger einer Geistes-, ja Glaubensbewegung so die Forderung auf Gleichschaltung der Kirchen erheben können. Da scheint doch etwas nicht richtig durchdacht zu sein, und man läßt sich einfach von einem Gedanken treiben, der tatsächlich noch aus einer Weltanschauung stammt, die man ablehnt und bekämpft.

Es gehört mit zum Wesen unserer evangelischen Kirche, daß sie in ganz anderer Weise mit dem Volkstum verbunden ist als die katholische. Dies zeigt schon die Kirchensprache, die in der Romkirche das internationale Latein ist. Unsere evangelische Kirche nimmt darum auch in ganz anderer Weise Anteil an dem Schicksal des Volkes und des Staates, und das ist recht so, wenn es auch vielleicht manchen Leuten mit einem starren katholischen Kirchenbegriff unbequem erscheint. Unsere Kirche ist eben nicht Selbstzweck, sie will Gottes Dienerin sein und darum auch im Volke nicht herrschen, sondern dienen. Wir wissen, was wir als Kirche dem neuen Staat zu verdanken haben und denen, die ihn gebaut. Sie haben auch für die Kirche gelitten und ihr Leben eingesetzt. Darum wird sie gern sich berechtigten Wünschen fügen und sich umstellen, daß sie im neuen Staat unserm Volk das kostbare Erbe deutscher Reformation erhalten und fruchtbar machen kann.

Pfarrer Dr. Kerk in Remscheid.

Der Evangelische Lehrerverein und der Nationalsozialismus.

Der Evang. Lehrerverein der Rheinprovinz hielt am 5. April in Mettmann seine diesjährige Vertretertagung ab. Der Vorsitzende, Lehrer Weber-Essen, betonte bei seiner Eröffnungsansprache die besondere Bedeutung der Tagung gerade in dieser Zeit des nationalen Wiederaufbaus. Er unterstrich die besonderen Aufgaben des von der Regierung bekundeten neuen Erziehungs- und Unterrichtswerkes und die Bereitwilligkeit des Evang. Lehrervereins, der auf Grund seiner bisher immer vertretenen Grundsätze: Erziehung der Jugend auf nationaler und evangelisch-christlicher Grundlage, sich nicht umstellen brauchte, sich hinter die von Adolf Hitler geführte nationale Regierung zu stellen und an dem Erziehungswerk der Jugend mit neuen, nicht mehr gebundenen Kräften mitzuarbeiten. Seine Anregung, an die nationale Regierung eine Rundgebung zu richten, wurde mit Freuden begrüßt. In ihr soll die unbedingte Bereitwilligkeit zur Mitarbeit und die Aufstellung neuer pädagogischer Richtlinien, die der Verein schon immer vertreten hat, zum Ausdruck gebracht werden.

Nach Erledigung von geschäftlichen Angelegenheiten (Jahres- und Kasienbericht, Begräbnishilfe, Junglehrerhilfe) begann die Haupt Sitzung des Nachmittags nach kurzer biblischer Einleitung durch Herrn Otto-Mettmann mit dem Referat des Rektors Köfing-Barmen über das Thema: „Evang. Lehrerverein und Nationalsozialismus.“ Der Redner umriß in treffenden, überaus fesselnden Aus-

führungen die Kernpunkte des nationalsozialistischen Programms. Betont wurde vor allem, daß wieder der altpreussische Grundsatz: „Gemeinnutz geht vor Eigennutz“ zur Geltung kommen müsse. Volle Zustimmung fand die von der neuen Bewegung geforderte Stärkung der Autorität in Schule und Volk, die Betonung des Führerprinzips und besonders der vom Führer ausgesprochene Schutz von Kirche und konfessioneller Schule. Ermutigend wirkte die Mitteilung der Aeußerung des Ministers Rust, die evang. Bekenntnisschule werde nicht angetastet. Nach einer kurzen kritischen Würdigung der Kriechischen Nationalpolitischen Erziehung setzte eine sehr rege Aussprache ein, die viel zur Klärung der im Vortrag angeschnittenen Fragen beitrug. Die Tagung endete mit dem Ergebnis, daß die Notwendigkeit des weiteren Bestehens des Evang. Lehrervereins gerade in der neuen Zeit um seiner bedeutsamen Aufgaben willen allseitig anerkannt wurde, und daß sich die Mitglieder, soweit es Gaben und Kräfte und innere Festigung gestatteten, auch an den Aufgaben des nationalsozialistischen Lehrerbundes beteiligen müßten, um auch hier an der Durchdringung des Ganzen mit dem Geiste des Evangeliums mitzuarbeiten.

Entschuldigungen

des Evang. Lehrervereins der Rheinprovinz.

1. Der Evang. Lehrerverein der Rheinprovinz, der zu seiner Ostertagung in Mettmann versammelt ist, begrüßt es dankbar, daß nach einer langen Zeit dauernden politischen, sittlichen und wirtschaftlichen Niedergangs unseres Volkes es unsern verehrten Herrn Reichspräsidenten, Generalfeldmarschall von Hindenburg gelungen ist, jetzt unter Führung des Volkskanzlers Adolf Hitler die Männer in die Regierung zu berufen, die gewillt sind, die nationale Gesundung unseres Volkes anzubahnen. Er dankt den Männern der Regierung, daß sie fest entschlossen sind, die innerere Erneuerung unseres Volkes auf wahrer Gottesfurcht und echter Vaterlandsliebe aufzubauen, und damit Ziele zu erstreben, deren Verwirklichung immer der Wille und das sehnlichste Hoffen des Evang. Lehrervereins der Rheinprovinz war.

Einer inneren Umstellung des evang. Lehrervereins bedarf es nicht. Seine vaterländischen und christlichen Ziele sind heute auf dem Wege zu ihrer Verwirklichung. Befreit von dem Druck vierzehnjähriger Fesseln einer auf Entchristlichung unseres Volkes hinielenden Ueber- und Unkultur stellt sich der Evang. Lehrerverein um so freudiger hinter die Regierung der nationalen Erhebung, um im Dienste des neuen Staates, vereint mit dem evang.-christlichen Elternhaus und der evang. Kirche Volk und Reich zu bauen.

Wir evangelischen Lehrer betrachten es als unsere heiligste Pflicht und Aufgabe, mit allen Kräften mitzuwirken an der so dringenden notwendigen religiös-sittlichen Erneuerung unseres Volkes durch die Heranbildung einer Jugend, in der Glaube und Gottesfurcht leben und die erfüllt ist von dem Geist größter Pflichttreue, brüderlicher Liebe und selbstloser Hingabe an Volk und Vaterland, in der nicht nur der so bedeutsame Geist von Potsdam lebt, sondern auch der Geist von Wittenberg und Worms lebendig ist.

Dieses Ziel glauben wir am besten zu erreichen, indem wir weiterhin für die evang. Bekenntnisschule mit aller Kraft eintreten.

II. Für den Auf- und Ausbau der evang. Bekenntnisschule, die nach den Worten des Reichskommissars Dr. Rust nicht angetastet werden soll, erheben wir folgende Forderungen:

1. Alle Erziehungs- und Unterrichtsarbeit ist aufzubauen auf den Fundamenten des Christentums und des deutschen Volkstums unter restloser Beseitigung auch des versteckten Marxismus.

2. Auf dieser Grundlage ist entgegen den bisherigen „Richtlinien“ ein einheitliches Erziehungsziel aufzustellen, welches alle Unterrichtsgebiete durchwaltet.
3. Statt der mißverständlichen Pädagogik „vom Kinde aus“ brauchen wir eine Arbeit mit Autorität und Zucht, die zu wahrer Volksgemeinschaft führt.
4. Die künftige Lehrerbildung ist entsprechend der christlichen Erziehungsgrundlage und des erneuerten Volkstums zu gestalten.
5. Familie und Kirche sind als wesentliche Miterzieher gebührend einzuschalten.

Bei Verwirklichung dieser Forderungen wird die evang. Volksschule mehr denn je sowohl volksaufbauend wirken als auch eine tragfähige Brücke sein für die zur Zeit noch klaffenden Gegensätze in unserm Volke.

Aufruf Pastor Müllers.

Der von Adolf Hitler zu seinem Vertrauensmann berufene Bekehrungspastor Müller erläßt folgenden Aufruf: „Das Vertrauen des Reichskanzlers hat mich zu einer großen und schweren Arbeit berufen. Mit Gottvertrauen und im Bewußtsein der Verantwortung vor Gott gehe ich ans Werk. Das Ziel ist die Erfüllung evangelischer deutscher Sehnsucht seit den Zeiten der Reformation.“

Die Lage ist zur Zeit folgende: Die „Deutschen Christen“ wollen eine evangelische deutsche Reichskirche. Sie haben das Kirchenvolk stark ausgerüttelt. Die Kirchenregierungen wollen ebenfalls eine große „Evangelische Kirche Deutscher Nation“. Diese Kirche muß jetzt gebaut werden. Die reformatorischen Bekenntnisse unserer Väter sollen uns dabei den Weg weisen. Es ist der Wunsch und Wille des Reichskanzlers, daß die evangelische Christenheit das große Werk mit vollem Gottvertrauen beginne und in vertrauensvoller Zusammenarbeit mit dem Reich vollende.

So soll die evangelische Kirche auch im neuen Deutschen Reich ihren göttlichen Dienst an Seele und Gewissen des deutschen Volkes wohl ausrichten. Im Namen des Reichskanzlers fordere ich alle Beteiligten zu ehrlicher Mitarbeit auf. Der Herr der Kirche schenke uns allen den Geist der Einmütigkeit, daß wir gemeinsam und voll Zuversicht ans Werk gehen. Er gebe uns auch die Kraft, alle Sündensucht überwinden und unerbittlich niederzuhalten. Die evangelischen Gemeinden im ganzen deutschen Vaterlande aber bitte ich, unsere Arbeit auf förderndem Herzen zu tragen.“

Statthaltergesetz geändert

Berlin, 27. April.

Das Reichskabinett hat eine Änderung des Statthaltergesetzes beschlossen. § 5 Abs. 1 dieses Gesetzes erhält folgende Fassung:

In Preußen übt der Reichskanzler die in Paragraph 1 genannten Rechte aus. Er kann die Ausübung der in Paragraph 1 Absatz 1 unter Ziffer 3 bis 5 genannten Rechte auf den Ministerpräsidenten übertragen.

Aus der Begründung des Gesetzes geht hervor, daß es sich um das Recht der Ernennung und Entlassung unmittelbarer Staatsbeamter und Richter handelt, soweit sie bisher durch oberste Landesbehörde erfolgte und um das Begnadigungsrecht.

Das neue an der Gesetzesänderung ist, daß die Uebertragung der Rechte nicht auf die Landesregierungen, wie bisher vorgeesehen, sondern auf die Ministerpräsidenten erfolgen soll. Ferner, daß der Reichskanzler die Ausfertigung und Verkündung von Gesetzen zu seiner Entlastung weitergeben kann.

Staatssekretärwechsel im preussischen Finanzministerium. Der bisherige Staatssekretär im preussischen Finanzministerium, Schleusener, verabschiedete sich von den Beamten, Angestellten und Arbeitern des Ministeriums; gleichzeitig fand die Einführung des Staatssekretärs Dr. Landfried statt.

Brief aus Nassau.

(Schluß.)

Neuerdings hat Nassau ja eine bedeutsame Veränderung seiner Grenzen erfahren: vor einem halben Jahre wurde der Kreis Wehlar endlich dem Regierungsbezirk Wiesbaden zugeteilt, zu dem er in wirtschaftlicher Hinsicht längst gehörte. Dafür ist freilich der Nordostzipfel des sogenannten „Sinterlandes“ dem kurheffischen Kreise Frankenberg zugeflogen worden und damit aus Nassau ausgeschieden. Im Zusammenhang mit dieser Regelung ist der Kreis Biedenkopf aufgelöst worden; sein Hauptteil wurde mit dem Dillkreise zum neuen Kreise Dillenburg vereinigt; der lange schmale Südzipfel, der bis vor die Tore Wehlars (bis Hermannstein) reichte, dem Kreise Wehlar angegliedert. Aber die Bevölkerung des früheren Hesse-Darmstädter Sinterlandes, das erst 1866 preussisch wurde, hat sich mit der neuen Regelung durchaus nicht abgefunden. Der Ruf nach Wiederherstellung des bisherigen Kreises Biedenkopf will nicht verstummen. Die NSDAP-Kreisleitung setzt sich mit besonderem Nachdruck dafür ein, und der neue Kreistag Dillenburg hat am 12. April auf ihren Antrag beschlossen, „das preussische Staatsministerium zu veranlassen, daß mit sofortiger Wirkung der Kreis Dillenburg aufgelöst wird und die Kreise Biedenkopf und der Dillkreis wieder hergestellt werden. Es wäre zu begrüßen, wenn dieser Beschluß Wirklichkeit würde, denn der neue „Großkreis“ Dillenburg ist in mancher Hinsicht ein heterogenes Gebilde. Die Bevölkerung des Dillkreises und des alten Sinterlandes sind nach Stammesart und Volkstum sehr verschieden. Und die Verkehrsverhältnisse zwischen Biedenkopf und Dillenburg lassen nach wie vor zu wünschen übrig. Ueberdies sind auch die kirchlichen Verhältnisse hien und drüben grundverschieden. Das lutherische Sinterland ist durch

Schulform (Konfessionsschule), Katechismus und Gesangbuch (dort ist fast überall noch das alte Hesse-Darmstädter in Gebrauch!) getrennt vom unierten Dillkreis (mit seiner reformierten Vergangenheit) mit seinem nassauischen Unionskatechismus, seiner christlichen Simultan- und seinem nassauischen Gesangbuch. Zudem umfaßt der Großkreis Dillenburg jetzt 3 evangelische Kirchenkreise, Herborn, Gladenbach und Biedenkopf, von denen der letztere bis nach Kurheffen, der zweitgenannte bis in den Kreis Wehlar hinüberreicht.

Erst recht aber bildet der Kreis Wehlar in kirchlicher und schulischer Hinsicht ein merkwürdiges Gebilde. Seine Gemeinden gehören nämlich 4 verschiedenen Kirchenkreisen an: der mehr lutherisch gesinnten Synode Wehlar, der mehr reformiert geprägten Braunsfels, dem unierten Dekanat Ufingen und dem lutherischen Dorfe Gladenbach, von denen die beiden ersteren zur rheinischen Provinzialkirche, die beiden letzteren zur Evang. Landeskirche in Nassau gehören. In den evang. Kirchengemeinden des Kreises Wehlar sind also zur Zeit 4 Gesangbücher in Gebrauch: außer dem alten und neuen rheinisch-westfälischen noch das alte Hesse-Darmstädter des Sinterlandes und das nassauische! Noch größer ist die Zahl der Katechismen: lutherischer, Heidelberger, rheinischer, bezw. nassauischer Unionskatechismus und heffische Fragstücke! Was muß der Wehlarer Schulrat für eine Anpassungsfähigkeit besitzen, um all dieser Buntbedecktheit im Religionsunterricht der Schulen gerecht zu werden! Kommt hinzu, daß in den einen Gemeinden die nassauische christliche Simultan- und in den anderen die evangelische bezw. katholische Konfessionsschule und weiter, daß in den zum Dekanat Ufingen bezw. Gladenbach gehörigen Kirchengemeinden die Einschichtnahme der (nassauischen) Kirche in den Religionsunterricht von der Lehrerschaft ebenso freudig (auf Grund der nassauischen Kirchenver-

fassung) anerkannt wird, wie sie in den zur altpreussischen Union gehörenden Gemeinden bisher noch umstritten ist. Aus alledem dürfte erhellen, daß die Kirchen- und Schulverhältnisse im Kreis Wehlar in der erwähnten Hinsicht jedenfalls dringender der Umgestaltung bedürftig sind.

Nun haben die beiden Synoden des Kreises Wehlar im vergangenen Jahre der rheinischen Kirche, mit der sie seit dem Jahre 1818 verbunden sind, bedeutsame Treuegebungen zuteil werden lassen. Sie sind um so höher zu bewerten, als der Anschluß des Kreises Wehlar an Nassau den zum Rheinland gehörenden evang. Kirchengemeinden allerlei Unbequemlichkeiten mit sich gebracht hat. Im dortigen Kreise besteht zum großen Teil noch die alte rechtliche Regelung, daß die Kommunalgemeinden im wesentlichen für die Lasten der Kirchengemeinden aufzukommen haben, die anderswo durch Kirchensteuern aufgebracht werden. Es liegt auf der Hand, daß diese Rechtsordnung, die wirklich nicht modern anmutet, in den vergangenen Jahren vielfach zu allerlei Auseinandersetzungen zwischen Kirche und Kommune geführt, auch wohl persönliche Verhandlungen der Kirchenvertreter bei den Behörden veranlaßt hat. Aber während für die Gemeinden des alten Kreises Wehlar früher Konsistorium und Regierungsbehörde beide in Koblenz ihren Sitz hatten, befindet sich letztere in Wiesbaden, während das erstere weiterhin in Koblenz geblieben ist, so daß Verhandlungen mit beiden Behörden zu doppelten Reisen Veranlassung geben. Es mag sein, daß die evang. Kirchengemeinden auch weiterhin um der Treue zur Rheinischen Kirche willen, diese Unbequemlichkeiten in Kauf nehmen. Doch es fragt sich, ob die neue Regierung der nationalen Erhebung in Preußen, die heute mit manchem alten Jopf ausgeräumt, die vorstehend geschilderte Buntbedecktheit weiter zulassen wird.

Aber es wird nicht leicht sein, zu einer ersprießlichen Regelung zu kommen, denn die Synoden Wehlar und

Das Bundesamt
Um die Einigkeit
des Einiges des
den großen Kampf
Einigkeit des neuen
Bundesführer des
Franz Seidte, entfiel
in die Hand zu neh
folgten durch Stahl
Bundesführer des
Dasslerberg, teilte
Mentler im Stahlhe

Die Gründe für d
Bunde

— Magdeburg
desoortendes Rech
dem Vertreter der
mündlichen Unter
Befragen mit, bere
wohl der Führer
Stahlhelm die An
Bundes einheitlich
Hoffen als zweiter
Bundesführer für
Gründe hierfür
Stellung des Stahl
legen. Bei diesen
bergs naturgemäß

Der Fe

Die Beschlagnahme

Das preussische
zu Ehren des Feie
daß am 1. Mai au
gebäuden, den Ge
fentlichen Rechts
len die schwarz-wei
Die schwarz-weiße

Bei Vorhand
schwarz-weiß zu
fliegen an der
Rafte vorhanden
hattenreuzfahne
der hauptfront zu
so sind sie in der
schwarz-weiß-rot

Um der v
deutschen Stämme
baren Ausdruck
Arbeitsgem
am Feiertage der
zuge nach dem T

Die Vertreter
an die Kettel, v
Ehrenkleid der
Volkstrachten da
daß sie sich eines
Schwestern und

Die Kraftwo
schwarz-weiß-rot
leit mit frischem

Braunsfels halte
rheinischen Kirch
wenn die Nassau
preußen finden
Hinsicht träte al
deskirche der r
In diesem Falle
gebilde, denn e
kreisen noch 20
proving reichte
von Frankfurt a
kirchen (Dekana
Und auch das r
zur westfälische
währenden kirch
dabon zu schwe
einmal vorhan
fiel. Ebenjow
durch die Bil
Schwierigkeiten
meinden der
Landeskirche
darmstädter
Peripherie nich
der Plan eine
worden, zu der
Waldeck, Nas
vereinen will
den Frage ein
nassauischen
den Sintergru
eines Erfolges
schen Christen“
heitskirche noc
all diese verg
mehl

Neuordnung des Stahlhelms

Duesterberg scheidet aus — Eine Erklärung des Bundesamts

Berlin, 27. April.

Das Bundesamt des Stahlhelms teilt mit:

Am die Einigkeit der Führung und die Geschlossenheit des Stahlhelms, Bund der Frontsoldaten, für den großen Kampf um die Zukunft, die Freiheit und die Einigkeit des neuen Deutschland zu sichern, hat sich der Erste Bundesführer des Stahlhelms, Kamerad Reichsminister Franz Sedlitz, entschlossen, die Führung des Bundes allein in die Hand zu nehmen. Die notwendigen Regelungen werden durch Stahlhelm-Dienstbefehle. Der bisherige Zweite Bundesführer des Stahlhelms, Kamerad Oberstleutnant a. D. Duesterberg, teilt der Presse mit, daß er seine sämtlichen Ämter im Stahlhelm niedergelegt hat.

Die Gründe für das Ausscheiden Duesterbergs aus der Bundesleitung des Stahlhelms.

— Magdeburg, 26. April. Das Mitglied des Bundesvorstandes Rechtsanwalt Dr. Schape-Magdeburg teilte dem Vertreter der „Telunion“ auf Grund einer fernmündlichen Unterhaltung mit Reichsminister Sedlitz auf Befragen mit, bereits seit mehreren Monaten hätten sich sowohl der Führer Sedlitz, als auch die Landesführer des Stahlhelms die Ansicht vertreten, daß die Führung des Bundes einheitlich sein müsse. Duesterberg sollte seinen Posten als zweiter Bundesführer aufgeben, um wieder Bundesführer für Mitteldeutschland zu werden. Die Gründe hierfür hätten in den Verhandlungen über die Neuordnung des Stahlhelms in der nationalen Bewegung gelegen. Bei diesen Verhandlungen habe die Person Duesterbergs naturgemäß Schwierigkeiten geboten, auch mit

Rücksicht auf den Ariergrundsatz im Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums. Es sei selbstverständlich, daß ein Bundesführer des Stahlhelms nicht eine Ausnahmestellung für sich in Anspruch nehmen könne. Alle diese Gesichtspunkte habe der erste Bundesführer seit mehreren Wochen dem zweiten Bundesführer mehrfach vorgelegt, und Duesterberg sei wiederholt gebeten worden, sein Amt zur Verfügung zu stellen, was er jedoch stets abgelehnt habe. Er habe auch weiterhin Reden gehalten, die mit der Stellung der Bundesführung des Stahlhelms nicht übereinstimmten. Am Dienstag habe Duesterberg nun an alle Landesführer im Stahlhelm ein Rundschreiben gerichtet, indem er u. a. zum Ausdruck gebracht habe, daß der erste Bundesführer ihn erneut zur Amtsniederlegung aufgefordert habe und daß Sedlitz in „seinem satzungswidrigen Verhalten von einigen Landesführern und Bundesvorstandsmitgliedern aus persönlichen Gründen hierin unterstützt worden“ sei. Auf Grund dieses Rundschreibens habe dann der erste Bundesführer am Mittwoch nachmittag die Amtsniederlegung vorgenommen.

Auflösung der Deutschen Volkspartei im Lahn-, Dill- und Westerwaldgebiet.

Dillenburg, 26. April. Die Deutsche Volkspartei Dill, Lahn und Westerwaldgebiet hat in einer Versammlung der Vertrauensmänner und Mitglieder am Mittwoch beschlossen, die Organisation der Deutschen Volkspartei aufzulösen und den Mitgliedern den Anschluß an die NSDAP. zu empfehlen.

Der Feiertag der Arbeit

Die Beflaggung in Preußen. — Deutsche Volkstrachten im Festzug.

Berlin, 27. April.

Das preußische Staatsministerium hat aus Anlaß und zu Ehren des Feiertages der nationalen Arbeit beschlossen, daß am 1. Mai auf den staatlichen und kommunalen Dienstgebäuden, den Gebäuden der übrigen Körperschaften des öffentlichen Rechts sowie den Gebäuden der öffentlichen Schulen die schwarz-weiß-rote Fahne, die Hakenkreuzfahne und die schwarz-weiße Fahne gemeinsam zu hissen sind.

Bei Vorhandensein nur eines Fahnenmastes ist dieser schwarz-weiß zu beflaggen, während die beiden anderen Flaggen an der Hauptfront zu zeigen sind. Sind zwei Masten vorhanden, so ist an ihnen schwarz-weiß und mit der Hakenkreuzfahne zu flaggen, während schwarz-weiß-rot an der Hauptfront zu zeigen ist. Sind drei Masten vorhanden, so sind sie in der Reihenfolge schwarz-weiß, Hakenkreuz und schwarz-weiß-rot zu beflaggen.

Um der unlöslichen Schicksalsverbundenheit aller deutschen Stämme diesseits und jenseits der Grenzen sichtbaren Ausdruck zu verleihen, beteiligte sich die Arbeitsgemeinschaft deutscher Landsmannschaften am Feiertage der nationalen Arbeit an dem großen Festzug nach dem Tempelhofer Feld.

Die Vertreter aller deutschen Gauen, von der Maas bis an die Memel, von der Elbe bis an den Belt werden im Ehrenkleid der Heimat, in ihren so schönen und kostbaren Volkstrachten daran teilnehmen und auch hier bezeugen, daß sie sich eines Sinnes fühlen mit allen ihren deutschen Schwestern und Brüdern.

Die Kraftwagen der Reichspost werden am 1. Mai mit schwarz-weiß-roten und Hakenkreuzfahnen und nach Möglichkeit mit frischem Grün geschmückt sein.

Braunsfels halten unentwegt an der Zugehörigkeit zur rheinischen Kirche fest und würden bei ihr bleiben, selbst wenn die nassauische Landeskirche den Anschluß an Altpreußen finden sollte. Eine Einheitlichkeit in kirchlicher Hinsicht träte also erst dann ein, wenn die nassauische Landeskirche der rheinischen Provinzialkirche sich anschließen würde, denn es kämen zu den 34 rheinischen Kirchenkreisen noch 20 nassauische hinzu; die rheinische Kirchenprovinz reichte dann von Emmerich bis zu den Vororten von Frankfurt a. M. und vom Saargebiet bis nach Broms- kirchen (Dekanat Biedenkopf) am Fuße des Rahlen Asten. Und auch das wohlhabendste Verhältnis der rheinischen zur westfälischen Schwesterkirche bliebe hinsichtlich der zu wahrnehmenden kirchlichen Sonderrechte nicht unberührt, ganz davon zu schweigen, daß eine Berücksichtigung der nun einmal vorhandenen nassauischen Eigenart gänzlich hinfiele. Ebenjowenig würden durch solche Regelung die durch die Bildung von Großfrankfurt entstandenen Schwierigkeiten beseitigt — es handelt sich dort um Gemeinden der Frankfurter, nassauischen und kurhessischen Landeskirche — zum ganzen Problem die zur hessischen Peripherie nicht zu vergessen. Hier ist begreiflicherweise der Plan einer großhessischen Kirche besonders begrüßt worden, zu dem man die fünf Landeskirchen Kurhessen, Waldeck, Nassau, Sessen-Darmstadt und Frankfurt vereinigen will! Freilich ist dieses Projekt neuerdings ob der Frage eines Anschlusses der kurhessischen Union in nassauischen Landeskirche in die altpreussische Union in den Hintergrund getreten. Und es scheint, daß im Falle eines Erfolges des neuesten scharfen Vorstoßes der „Deutschen Christen“ der Weg zur deutschen evangelischen Einheitskirche noch eine ganz andere Richtung weist. Ueber all diese verzwickten Fragen aber lieber ein andermal mehr!

—r.

Schwankungen.

Die Verlegenheit, in welche Großbritannien, und man könnte wohl auch sagen, die ganze Völkermwelt, immer aufs neue durch die gegenwärtige Lage veretzt wird, spiegelt sich recht deutlich wieder in Norman Angells Ausführungen, die er in „Time and Tide“ gibt. Diese Ausführungen sind nicht nur dadurch bemerkenswert, daß N. A. trotz aller gemachten Erfahrungen immer aufs neue seine Hoffnungen auf den Völkerbund setzt, sondern auch dadurch, daß er mit großer Offenheit, wie man sie sonst in der britischen Presse nicht so leicht wiederfindet, die ehemaligen Kriegsmotive bloßlegt. Seine mißtrauische Haltung gegen Deutschland, besonders gegen das neue Deutschland, ist dabei unverkennbar.

„Zuweilen geschieht“, so sagt N. A., in der öffentlichen Meinung etwas wie ein psychologisches Wunder, ein plötzliches Drangeben — und zwar ohne sichtbaren Grund — von Ansichten, die man bis dahin festgehalten hat. Etwas dieser Art hat in den letzten Wochen bezüglich des Problems der Revision der Friedensverträge stattgefunden. Noch vor kurzem sagte man, eine Revision kann nur um einen Preis erlangt werden, nämlich den eines Krieges. Denn, wenn man sagte, man könne den Krieg durch friedliche Verhandlungen vermeiden, so wurde entgegnet, das hieße, den Status quo (die einmal festgelegte Grenzen) kristallisieren. Man hat bei der Aussicht auf einen Krieg und der dabei zu geschehenden Zurückhaltung Englands offenbar sogar an die Möglichkeit eines Angriffs von Seiten Deutschlands gedacht. So heißt es noch am 20. 3. in „News Chronicle“: „Wenn wir uns verpflichten sollten, das Gesetz in internationalen Angelegenheiten zu verteidigen, dadurch, daß wir gegen eine Macht, die technisch als Angreifer erscheint, militärisch vorgehen, so würde das doch einfach bedeuten, den Status quo in Europa, mit andern Worten den Vertrag von Versailles, aufrechtzuerhalten. Wenn wir uns in einen Krieg verwickeln, nur um des Prinzips des Nicht-Angriffs willen, dann wird dies nur dazu dienen, die gegenwärtigen Grenzen und Machtverteilung zu erhalten. Wieviele Leute in England glauben aber, daß das gegenwärtige kontinentale System von Dauer sein kann?“ Nun aber kommt plötzlich die Parole auf „wir müssen den Vertrag revidieren, wenn wir Frieden haben wollen“. Die Revision, ein Wort, das man so lange immer nur mit dem Gedanken an Krieg verbinden konnte, wird nun mit dem Gedanken des Friedens verbunden und eine tiefgehende Veränderung in der öffentlichen Meinung hat über Nacht Platz gegriffen. Diese neue Einstellung der öffentlichen Meinung geht auch besonders hervor aus einer charakteristischen Äußerung von Mr. Garvin, der im Observer schreibt: „Laßt uns doch endlich einmal mit dem Versuch aufhören, die Symptome zu unterdrücken, anstatt die Ursachen zu heilen. Nicht der Krieg, der so schrecklich war, ist das schlimmste moralische Unglück, sondern der Friede, der Friede mit den Drachenzähnen, wie wir ihn in dem dunklen Frühling von 1919 zu nennen magten. Der Vertrag von Versailles und die damit zusammenhängenden Verträge mit ihrer kurzfristigen Nachsicht, gemischt mit nachsichtiger Begünstigung, sind der Krebs Europas von damals bis heute gewesen. Wenn wir nicht diese Krankheit rechtzeitig erkennen und sie heilen, dann werden wir noch den Tod des Friedens sehen. An eine mechanische Abrüstung, ohne an eine moralische Abrüstung zu glauben, ist eine der fadesten Einbildungen, die jemals in den Geist des Menschen hineingekommen sind. Warum haben wir Jahre und Jahre unnütz verbraucht mit immer neuen künstlichen Versuchen, dem eigentlichen wirklichen Ausweg auszuweichen?“

Hier setzt nun das Mißtrauen gegen Deutschland und seine Friedensabsichten bei N. A. ein. Er setzt in naiver Weise voraus, daß Deutschland ganz genau ebenso handeln würde wie England. In recht deutlicher — für das englische Gefühl vielleicht rücksichtsloser — Weise beschreibt er rückblickend die englische Stellung beim Eintritt in den Weltkrieg. „Wir hatten eigentlich gar keine bestimmten Beschwerden. Wir waren nicht die Opfer eines Vertrages von Versailles, den wir beschlossen zu ändern, wir gingen in den Krieg nur um eines Grundes willen, wir fürchteten das Wachstum der deutschen Macht, und was Deutschland mit dieser Macht tun könnte, wenn sie unübersteiglich würde. Deutschland hatte in der Tat gegen uns keinen Angriff vor, ja es war aufs äußerste besorgt, uns aus dem Krieg herauszuhalten. Aber wir waren dagegen, daß in Europa eine Macht entstehen könnte, die so groß wäre, daß sie in jedem Augenblick uns ihr Gesetz auflegen und uns sozusagen unserer nationalen Verteidigung berauben könnte. Wären Frankreich und Rußland hilflos gemacht, welche Forderungen konnte dann diese Macht stellen? Wir aber wollten nicht in eine Lage gänzlicher Unfähigkeit, uns gegen diese Forderung zu verteidigen, kommen. Es ist ganz richtig, wenn man sagt, daß eine solche Lage für uns das Ende unserer nationalen Freiheit bedeutet hätte. Also war eigentlich unsere Besorgnis gegen Deutschland nur die Sorge vor dem Übergewicht einer Macht, welche uns hilflos machen könnte. Wir haben dann bei Beginn des Krieges unsere Beweggründe rationalisiert durch phantastische Geschichten über die dunklen Pläne aus Deutschlands Seite, daß es in Großbritannien einbrechen wolle, sich seiner Dominien bemächtigen, durch Beschreibung des Kaisers als Antichrist, durch Theorien von der ganz besonderen Gottlosigkeit, die der deutschen Rasse eigen sei. Wir hatten nichts zu fürchten, sagten wir, von der französischen, der russischen oder japanischen Macht. Diese Völker waren in unseren Augen anders als der „Sunne“. Sie waren zivilisiert geworden und ihre Macht würde nur wohlthätiger sein.“

Nie Schlußfolgerung, die N. A. hieraus zieht, indem er ganz einfach die deutsche Geistesart der britischen gleich-

Das evangelisch-lutherische Landeskonfitorium von Sachsen hat in einer Generalversammlung bestimmt, daß am Tag der nationalen Arbeit die Kirchenflaggen aufzuziehen sind und in der Zeit von 10 bis 12.15 Uhr Festgeläut stattfinden hat.

Aufhebung der Postzustellung am 1. Mai.

Das Reichspostministerium hat die Oberpostdirektionen ermächtigt, am 1. Mai, dem Feiertag der nationalen Arbeit, die Postzustellung ausfallen zu lassen.

Das Hakenkreuz über dem Saargebiet

Die Saarregierung gibt nach.

Saarbrücken, 26. April. Die Regierungskommission des Saargebietes hat, nachdem die Reichsregierung ihr von der Tatsache Mitteilung gemacht hat, daß die schwarz-weiß-rote Fahne und die Hakenkreuzfahne als Flaggen des Deutschen Reiches zu betrachten sind, die im Saargebiet bestehenden Flaggenverbote aufgehoben. Gleichzeitig hat sie die Niedererschlagung sämtlicher Verbote verfügt, die wegen Uebertretung der Flaggenverbote anhängig gemacht worden sind.

Die Regierungskommission hat weiterhin eine Verfügung erlassen, daß am 1. Mai auch die Angestellten der Kommunen Urlaub haben können.

Dr. Walter Pfrimer der NSDAP. beigetreten.

Wien, 26. April. Der eigentliche Organisator und Ehrenvorsitzende des steirischen Heimatschutzes Dr. Walter Pfrimer, tritt, nach einer Meldung der „Deutsch-Oesterreichischen Tageszeitung“, des nationalsozialistischen Hauptorgans, am 24. April als Mitglied in die nationalsozialistische deutsche Arbeiterpartei ein.

Widerlegung einer tollen Greuelhebe

Berlin, 26. April.

Das „Prager Tagblatt“ verbreitet eine Greuelmeldung und behauptet, der Berliner Großrabbiner Jonas Fränkel sei in Prag eingetroffen und berichte über schreckliche Greuel an Juden in Deutschland. So behauptet er u. a., er sei von SS-Leuten überfallen und um 2000 Mark bestohlen worden. Die SS-Leute hätten ihn und seine Tochter mit Revolvern bedroht, ihn niederschlagen und schwer verletzt. Er habe in Decken gehüllt in ein anderes Stadviertel geschmuggelt werden müssen, und er habe sich dann so nach Prag durchgeschlagen. Er leide noch jetzt an Gleichgewichtsstörungen und an einer Gehirnerschütterung. Er habe die Hilfe der jüdischen Hilfskomitees in Anspruch genommen.

Wie dazu von zuständiger jüdischer Stelle in Berlin festgestellt wird, gibt es in Berlin überhaupt keinen Großrabbiner. Ein Rabbiner oder anderer jüdischer Geistlicher namens Fränkel oder ähnlicher Namens ist nirgends vorhanden. Es handelt sich also wieder einmal um eine der üblichen Greuelmeldungen aus Prag, deren Quelle im allgemeinen deutsche marginalsche Kreise zu suchen sind.

Aufruhr in Turkestan

Hauptstadt von Usbekenland besetzt.

Tosio, 27. April.

Die ausländischen Truppen im chinesischen Turkestan haben die Hauptstadt Tihua besetzt und die gesamte Provinzregierung unter der Führung des Generals Kihayun vertrieben. Dem gesamten Stab der Provinzregierung droht die Todesstrafe. Bei der Einnahme von Tihua spielten sich schwere Straßenkämpfe ab. Mehrere Häuserblöcke wurden durch Artillerie- und Maschinengewehre vollkommen zerstört. Es sollen dabei über hundert chinesische Zivilisten getötet und verwundet worden sein. Die gesamte Lage im chinesischen Turkestan bleibt sehr gespannt.

seht, ist die: wenn wir damals nur aus Furcht vor einer Uebermacht gehandelt haben, dann wird ein modernes faschistisches Deutschland noch viel mehr Gründe zur Furcht und zum Haß gegen eine größere Macht finden, auch wenn jede Unbilligkeit des Vertrages revidiert wäre. Wenn nun gar die Revision des Vertrages durch einen Krieg erzwungen würde, so würde Deutschland sicher die gestohlenen Kolonien zurückverlangen, seinen Anteil an den Mandaten; es würde schwerlich die Tatsache vergessen, daß es unsere Macht war, die den Vertrag von Versailles möglich machte; unsere Marine, die sein Volk hungern ließ, sogar als der Kampf schon vorüber war. Unsere Macht hauptsächlich, die Deutschland diesem Elend, den Erniedrigungen und der Zerstückelung ausgesetzt hat. Es würde unzweifelhaft den Vertrag von Versailles und seine Abrüstungsforderungen auf diejenigen anwenden, die ihm diese in den letzten 10 Jahren aufgezwungen haben. Als wir den Vertrag von Versailles schlossen, war ein Lieblingsargument, was würde Deutschland getan haben, wenn es selbst den Krieg gewonnen hätte? Dabei war natürlich die Annahme, daß Deutschlands Politik, die wir doch jahrelang als satanisch erklärt hatten, nun auch die unsrige sein müßte. Am Morgen eines deutschen Sieges würde das populärste Argument in Deutschland unzweifelhaft sein: tut den Ueberlebenden von Versailles dasselbe, was sie uns getan haben. Warum sollten wir erwarten, daß Deutschland besser oder edelmütiger als Sieger und Eroberer sein würde als wir waren?

Wir sollten einmal diese Gedankengänge durchdenken, um uns in einer Zeit, in der solche Möglichkeiten noch gar nicht in Frage stehen, darüber klar zu werden, ob wirklich in der deutschen Art ein solcher Trieb zur wiedererlangenden Rache liegt. Ob nicht vielmehr gerade das Elend, daß wir selbst durch die ungerechte Behandlung von Seiten unserer Feinde erlitten haben, uns fähig gemacht hat, in einer ganz anderen Weise Frieden zu schließen, als sie es mit uns getan haben. Wir brauchen im Hinblick nur an den Frieden von 1871 zu denken, der alles andere war als ein Nachfrieden.

Norman Angell geht dann zum Schluß auf die Frage des Mussolinipaktes ein und will ihn dann gelten lassen, wenn seine Tendenz nicht die ist, Grenzen zu diktieren, sondern den Frieden zu diktieren. Wenn die Meinung des Vertrages ist, die Grenzen sollen geändert werden durch jedes Mittel, das du vorschlägst, nur nicht durch den Krieg, dann wird der Pakt gut sein. Wenn er aber bedeutet, andere deine Grenzen oder wir zwingen dich durch Krieg, dann wäre er schlecht. So scheint ihm der ganze Schlüssel der Frage zu sein, wir garantieren nicht Grenzen, sondern Frieden. Das bloße Grenzenändern könnte wieder neue Kriegsgelüste hervorrufen bei denen, die dieser Änderung widerstehen. Friede könne schon dadurch geschaffen werden, daß man die Grenzen so ändert, daß sie von keiner Bedeutung mehr seien. Daß man also die Hindernisse für die freie Bewegung zwischen ihnen, die gegenwärtig bestanden, wegschaffe, daß man größere Rechte der Minoritäten innerhalb der Grenzen sicherte, daß man das Prinzip der Gleichheit des Rechts für alle Nationen in den Mandaten entwickelte und vielleicht auch in einigen Fällen tatsächlich die Mandats Herrschaft auf andere übergehen ließe. Natürlich könne man dagegen einwenden, daß die Nation mit ungerechten Grenzen dann, wenn es dem Gegner nicht erlaubt wäre, diese durch Krieg zu ändern, sich einfach festsetzen würde und nichts nach Gerechtigkeit fragen. Hier soll nun die Macht des Völkerbundes eintreten, die eine Lage schaffen könne, in welcher eine Nation um ihres eigenen Vorteils willen lieber die notwendigen Konzessionen mache, als sie zu verweigern. In dem kleinen Völkerbund des britischen Gemeinwohls müsse man das ja jetzt schon so machen.

Die ganze Frage der Revision und auch des Mussolinipaktes ist einer neuen Schwankung in der öffentlichen Meinung Englands durch das Verhalten Deutschlands in

der Judenfrage ausgesetzt. Wohin diese Schwankung tendiert, ist gegenwärtig noch nicht zu erkennen. Vorläufig ist jedenfalls auch in Blättern wie Manchester Guardian die verständliche Stimmung Deutschlands gegenüber in ihr Gegenteil umgeschlagen. B. m.

Rückreise MacDonalbs

„Möglichkeiten für spätere Abmachungen.“

Washington, 27. April.

Der Besuch des englischen Ministerpräsidenten MacDonalbs in Washington ist beendet. Vor seiner Abreise führte MacDonalbs beim Empfang der Pressevertreter u. a. aus:

Wir sind ein gutes Stück vorwärtsgekommen auf dem Wege, Möglichkeiten für spätere Abmachungen auszuarbeiten. Roosevelt und ich sind genau so frei wie zuvor, aber ich verstehe die Schwierigkeiten Amerikas besser als am Freitag, als ich ankam. Wir haben jetzt „Zuführung“ genommen, und wir sind jetzt entschlossen, Schulter an Schulter zur Hebung der Bürden der ganzen Welt beizutragen. Amerika schließt keine Bündnisse und mischt sich nicht durch vertragliche Bindungen in die europäischen Probleme, aber sicherlich erkennt jetzt auch die amerikanische Regierung die Schwierigkeiten meiner Regierung besser und sieht ein, daß keine Nation abseits stehen kann, sondern den anderen Völkern die Hand reichen muß.

Ein gemeinsames Communiqué verzeichnet die ausgearbeiteten Vorschläge, die nunmehr auch den Vertretern der übrigen nach Washington eingeladenen Regierungen vorgelegt werden; diese Vorschläge betreffen die Hebung der Warenpreise, die Ausdehnung der Kreditgewährung, die Revision der Handels- und Währungspolitik mit dem Ziele: Abbau der Handelshemmnisse, sowie die spätere Wiederherstellung des Gleichgewichtes der Devisen.

Washington, 27. April.

Der amerikanische Präsident Roosevelt und der englische Ministerpräsident MacDonalbs sind bei ihren Besprechungen in Washington übereingekommen, den 12. Juni als Eröffnungstag der Weltwirtschaftskonferenz zu bestimmen. Gleichzeitig soll in den englisch-amerikanischen Unterhaltungen die allgemeine Grundlage eines Abkommens über die Stabilisierung der Währungen gefunden worden sein, wie MacDonalbs und Roosevelt auch zu einer Verständigung über die Frage der Schulden zwischen beiden Ländern gekommen sein sollen. Ein fertiger Plan liegt natürlich noch nicht vor, vielmehr handelt es sich hierbei, worauf übrigens auch in einer gemeinsamen Erklärung der beiden Staatsmänner hingewiesen wird, um „vorläufige Erkundungen, die noch weitere Verhandlungen notwendig machen“. Diese Besprechungen sollen nach der Abreise MacDonalbs in Washington und in London fortgesetzt werden.

Amerikanische Währungsvorlage vom Repräsentantenhaus angenommen.

Washington, 26. April. Das Repräsentantenhaus nahm am Mittwoch die Währungsvorlage an, durch die Roosevelt ermächtigt wird, den Goldgehalt des Dollar beliebig herabzusetzen und Silber in bestimmtem Verhältnis zum Gold als Münzmetall zu verwenden. Die Annahme der Vorlage ist jedoch noch nicht endgültig, da sie eine Zusatzvorlage zu dem bisher noch nicht angenommenen Farmhilfsgezet ist.

Es liegen bereits Anzeichen dafür vor, daß Roosevelt in der Frage des Konfultativpaktes und des Moratoriums für die Juni-Schuldenzahlung die schwerste Konkrete Opposition zu erwarten hat.

Frank zum Reichskommissar ernannt

Berlin, 27. April.

Die Ernennung des bayerischen Justizministers Dr. Frank zum Reichskommissar für die Gleichhaltung der Justiz in den Ländern und für die Erneuerung der Rechtsordnung ist nunmehr vom Reichspräsidenten vollzogen worden. Minister Dr. Frank hat sich bereits zu Besprechungen nach Berlin begeben.

Leh Staatsrats-Präsident

Zurücknahme der Klage wegen der Auflösung der preußischen Gemeindeparlamente.

Berlin, 27. April.

Der neugewählte Preussische Staatsrat, in dem die Nationalsozialisten über die Zweidrittelmehrheit verfügen, trat im feierlich geschmückten Plenarsaal zu seiner ersten Sitzung zusammen. Nach einer Ehrung der Gefallenen hielt der preussische Ministerpräsident Göring, der bei seinem Erscheinen mit Heilrufen begrüßt worden war, eine kurze Ansprache. Zum Präsidenten des Staatsrats wurde der Nationalsozialist Dr. Leh gewählt. Vizepräsidenten wurden die Nationalsozialisten Treff-Berlin und Wagner-Bodum.

Nach der Wahl des Präsidiums und einer Ansprache des Präsidenten Dr. Leh beschloß der Preussische Staatsrat einstimmig, die vom vorigen Staatsrat beim Staatsgerichtshof eingereichte Klage wegen der Auflösung der Kommunalparlamente zurückzuziehen.

Die nächste Sitzung des Staatsrates findet am 30. Mai statt. Der nationalsozialistische Fraktionsvorsitzende brachte am Schluß ein dreifaches Hoch auf Göring und Hitler aus. Die Sitzung endete mit dem Gesang des Horst-Wessel-Liedes.

Stöckung in Genf

Amerikas Stellungnahme zur Sicherheitsfrage von den Abrüstungsmaßnahmen abhängig.

Genf, 27. April.

Im Hauptausschuß der Abrüstungskonferenz gab der amerikanische Delegierte Norman Davis eine politische bedeutsame Erklärung ab. Die Regierung der Vereinigten Staaten ist danach noch nicht in der Lage, zu dem im ersten Teil des englischen Entwurfes vorgeschlagenen Konfultativpaktes endgültig Stellung zu nehmen. Norman Davis erklärte weiter, die Haltung der Vereinigten Staaten zu dem geforderten Ausbau der Sicherheitsgarantien werde sehr wesentlich von der Haltung bestimmt, die die Konferenz zur Frage der Abrüstung einnehme, und bemerkte in diesem Zusammenhang, die Sicherheit würde durch die Abrüstung weitgehend gefördert werden. Unter diesen Umständen schloß er vor, die Beratungen über das Sicherheitskapitel vorläufig zu unterbrechen und zu den anderen Teilen des englischen Planes überzugehen.

Entgegen dieser Anregung setzte der Ausschuß seine Beratungen fort, doch sind Abstimmungen in der jetzigen Situation natürlich ausgeschlossen. Inzwischen ist übrigens die für den heutigen Donnerstag angelegte Sitzung wieder abgefragt worden.

Da Norman Davis am Freitag nach London reisen will, werden die Verhandlungen des Hauptausschusses möglicherweise eine mehrtägige Unterbrechung erfahren.

Berschiedenes.

20. Wandsbeker Glaubenskonferenz. Zum 20. Male ladet Wandsbek zur Glaubenskonferenz ein, die vom 22. bis 25. Mai (Himmelfahrtswoch) stattfinden soll. Alljährlich versammeln sich dort nicht nur Geschwister aus Groß-Hamburg und Umgegend, sondern sie kommen auch aus den übrigen Teilen Deutschlands, auch aus dem Ausland nach Wandsbek, um gemeinsam in Gottes Wort Kraft zu suchen und Gemeinschaft untereinander zu pflegen.

Das Hauptthema der diesjährigen Konferenz ist zeitgemäß; es lautet: „Ein Wandel im Licht.“ Freiquartiere stehen für die Konferenztage zur Verfügung. Man melde sich frühzeitig an, möglichst bis zum 15. Mai. Das ausführliche Konferenzprogramm wird auf Verlangen jedem umsonst zugesandt. Die Anschrift lautet: Missionshaus Bethel, Wandsbek bei Hamburg, Bärental 6. Diese Stelle erteilt auch jegliche Auskunft über alles, was die Konferenz betrifft.

Schriftleitung: W. Kraa; Wirtschafts- und Weltpolitik: Dr. S. Suttel; Anzeigen: R. Diekmann; alle in Bethel.

WALTER FILLIES

Uhren, Gold- u. Silberwaren

Reparaturen

preiswert u. sauber

Bielefeld, Gütersloherstr. 40a

Gegenüber Bethel-Eingang

Der schönste und modernste

Blumenschmuck

für Veranda, Balkon und Fenster-

breiter sind unstreilig meine echten

oberb. Gebirgs-Baumgärten

Versand überallhin. Preisliste gratis

und franko.

A. Gnadt, Versandgärtner, Trudering 461 (Oberb.)

Schwan spart mehr!

1 Paket Dr. Thompson's Schwan-Seifenpulver zu 24 Pfg.

gibt 3 Pfund reinigungsstarke, weiße Waschpaste!

Paket 24 Pfg. — Doppelpaket 44 Pfg.

Zum Muttertag

empfehlen wir unser vierseitiges Flugblatt

„Wenn du noch eine Mutter hast“

aus der Reihe der Betheler Flugblätter.

Das Stück kostet 1/2 Pfennig.

Bei Abnahme von 500 Stk. ist die Zusendung portofrei.

Bestellungen von Probenummern wolle man richten

an die

Schriftniederlage des Anstalt Bethel

Postfachkonto Hannover 49657

Freude ins Haus

bringt ein Photo-Apparat!

Photo-Arbeiten — Qualitäts-Ausführung

Photo-König, Bielefeld, Rathausstraße 8

Bethel.

— Vor längerer Zeit haben meine Kinder oder ich selbst die „Deutsche Literaturgeschichte“ von Robert König, 1. Band, verliehen. Darf ich um gütige Rückgabe des Buches bitten. Leider steht kein Name eingeschrieben. Der 2. Band hat ohne den 1. wenig Wert. Dankbar für die Rückgabe wäre

Frau Sanitätsrat Windler, Rammenweg.

Thedor — Jemgard

Gottes Güte schenkte uns heute zwei gesunde Sonntagskinder.

In dankbarer Freude

Robert Heege und Frau Elisabeth geb. Müller

Rigarama (Ostafrika), den 23. April 1933

3. St. Krankenhaus Ramakuma

Unser lieber

Gottfried

wurde uns heute durch einen jähen Tod genommen.

Familie Superintendent D. Simon.

Bethel, den 25. April.

Leistungsfähige Tee-Import-Firma vergibt an

tüchtige Persönlichkeit

den Vertrieb ihrer hervorragenden Spezialsorten. Gute Verdienstmöglichkeit. Angebote mit Referenzen unter 2498a an die Geschäftsstelle des „Aufwärts“.

Nr. 100.

Hat dich
Vergibt
Es ist
Sonst

In der orde
es am 13. April
der sich Austin
teiligten. Das
daß nicht ein ei
bescheidensten i
Deutschland a
Selbst der Auf
nern nicht entg
allgemeinen G
Judenpolitik d
finden sei nich
sondern sponta

So macht
Deutschland un
gung eines „G
nicht anders
Volke an, „in
benselement i
krieges sechs
gungen wir in
nen der deut
(hypokrish) m
Jahre vor Au
einer der ang
ländern gern
Geist des anst
des Tages ge
in einer so w
man sie schon
hat: es brauch
werden — fog
mechanisch ab
Bolk kannte,
Dinge scheiner
tödtlicher Art,
hinein ertöte
Lüge hinaus
vorstellungen
stande herun
richtig ist.“
„Cant, du Gl
Wenn dar
den aufwirft,
sich mit Wohl
denke nur an
nur aus fittl
weggründe C
darf nicht ge
fittlichen We
Dieser Co
standteile in
zu Hause fin
mus, Scheinh
bezüglich öffe
das aber in
eigenartigen
Der amerik
halte sich da
bert sich nur
schen Politik
so ganz in
nur an Vor
rückliegen,
warum schwi
doch alle Se
schwerstfide
Zerstörung f
politik der d
Gefahr zusa
darüber zu
in Deutschla
läufig, von
wagen es e
in einer We
etwa die Zi
in deren im
glaubte ung
Vor eini
dra in der